

t.831-1 - PI/ki

19. Januar 1968

Herrn Bundespräsident S p ü h l e r

Beitritt zum DAC

Obwohl seit einem Jahr dem Beitritt der Schweiz zum DAC nichts mehr im Wege steht (s. die Notiz vom 27.1.1967, die im Einvernehmen mit der Handelsabteilung im Hinblick auf Ihre Reise nach Schweden verfasst wurde), sind wir noch immer nicht beigetreten. Die Sache liegt in den Händen der Handelsabteilung, die darauf besteht, den betreffenden Antrag an den Bundesrat zu erstellen. Zuerst hiess es, dass abgewartet werden müsse, bis die Vorlage über das Darlehen an die IDA herauskomme, weil wir dann in den Augen der DAC-Mitglieder etwas besser dastünden. Die Vorlage kam am 7. Juli heraus, aber der Beitritt zum DAC erfolgte nicht. Dann hiess es, dass der Beitritt auf die Rats-session der OECD auf Ministerebene hin erfolgen soll. Die Session ging vorüber, ohne dass wir dem DAC beigetreten wären. Dann hiess es, dass wir auf die 2. UNCTAD (Beginn 1.2.) hin beitreten sollten. Auch dies wird nach den neusten Entwicklungen nicht möglich sein. Dabei sind wir seit längerem das einzige bedeutende Industrieland, das nicht Mitglied des DAC ist. Ausser uns sind lediglich Finnland, Irland und Neuseeland nicht dabei (Irland zählt sich zu den unterentwickelten Ländern Europas und die beiden andern Länder sind nicht Mitglieder der OECD; umgekehrt sind auch jene Industrieländer, die nicht Mitglied der OECD sind, Mitglieder des DAC, ausgenommen natürlich diejenigen kommunistischer Orientierung).



Wir haben im Laufe des Jahres alle Gelegenheiten benützt, um darauf hinzuweisen, wie wünschenswert es wäre, die Angelegenheit endlich einmal dem Bundesrat zu unterbreiten. Dringendere Geschäfte haben die Handelsabteilung davon abgehalten. Am 5. Januar fand dann eine interdepartementale Besprechung über einen Entwurf der Handelsabteilung zu einem Antrag an den Bundesrat statt. Zu reden gab vor allem die Frage, zu was wir uns verpflichten (moralisch verpflichten, denn um eine rechtliche Verpflichtung handelt es sich nicht), wenn wir den Empfehlungen zustimmen, welche das DAC bis anhin einstimmig an die Adresse der Industrieländer herausgegeben hat. Man war sich darüber einig, dass eine gewisse moralische Verpflichtung, die Entwicklungshilfe zu verstärken, vorliege, dass uns dies aber nicht davon abhalten sollte, dem DAC beizutreten, da diese moralische Verpflichtung ohnehin besteht. Auch das Finanzdepartement war dieser Ansicht.

Die Handelsabteilung hat diese Angelegenheit nun auch noch der Ständigen Wirtschaftsdelegation unterbreitet. Als Unterlage diente der Text des Antrages an den Bundesrat ohne Einleitung und Dispositiv (s. Beilage). In der Sitzung der "Ständigen" vom 16. Januar stiess die Vorlage auf ziemlich heftigen Widerstand der Wirtschaftsverbände. Zwar wunderte weiter nicht, dass Nationalrat Fischer als extremer Isolationist gegen die Vorlage war. Aber auch Direktor Aebi vom "Vorort" warnte davor, Schritte zu unternehmen, die uns in die Richtung einer vermehrten Entwicklungshilfe führen könnten. Als einen solchen Schritt betrachtet er den Beitritt zum DAC. Der Vertreter des Bauernverbandes war an diesem Teil der Sitzung nicht mehr dabei, der Vertreter der Gewerkschaften nahm nicht Stellung. Unter dem Eindruck der negativen Stimmen, die unter anderem auch die prekäre Finanzlage des Bundes hervorhoben, erklärte auch der Vertreter des Finanzdepartementes (Vizedirektor Müller), er sei für eine Verschiebung der Vorlage auf unbestimmte Zeit.

- 3 -

Da der Entwurf des Antrages an den Bundesrat in einem Punkt unklar ist, zog Botschafter Jolles die Vorlage zurück. Dieser Punkt, eine Empfehlung des DAC, wonach 80% der Entwicklungshilfe in Form von Schenkungen oder weichen Darlehen (was unter letzterem verstanden wird, ist näher umschrieben) erfolgen sollte. Es macht nun einen grossen Unterschied, ob sich diese Empfehlung nur auf die staatliche Entwicklungshilfe bezieht oder auf die Entwicklungshilfe in ihrer Gesamtheit, also inklusive die private Hilfe (während im Durchschnitt der DAC-Mitglieder die staatliche Hilfe 60% der gesamten Hilfe ausmacht, macht sie für die Schweiz - Zahlen von 1966 - nur 12% aus). Meines Erachtens bezieht sich die Empfehlung nur auf die staatliche Hilfe, wo wir sie bereits erfüllen (Zahlen für 1966: staatliche Hilfe insgesamt 66 Mio, davon 45 Mio Schenkungen - aus dem Rahmenkredit für technische Zusammenarbeit und aus dem Rahmenkredit für internationale Hilfswerke - und 21 Mio Darlehen; von den 21 Mio Darlehen 15 Mio weich, nämlich im Rahmen des Konsortiums Türkei).

Die Vorlage ist somit in der "Ständigen" blockiert. Botschafter Jolles beabsichtigt, sie erneut der "Ständigen" vorzulegen. Er scheint auf Zeitgewinn zu arbeiten und gibt sich zuversichtlich, dass er sie schliesslich in der "Ständigen" durchbringen wird.

Die Angelegenheit gibt mir zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen Anlass:

Ich halte es für falsch, dass solche Geschäfte der "Ständigen" unterbreitet werden, um die Zustimmung der Wirtschaftsverbände zu erlangen. Es geht nämlich dabei nicht um eine wirtschaftliche Frage, sondern um eine politische, eine aussenpolitische. Die Wirtschaftsverbände sind nicht der Ort, wo unsere Aussenpolitik vorbesprochen werden soll. Wenn der Bundesrat eine Rückendeckung sucht, kann er eine solche Angelegenheit in den

Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten der Räte oder in besonderen Gremien wie der Kommission für technische Zusammenarbeit (deren Ausweitung in eine Kommission für Entwicklungshilfe ich bekanntlich empfehle) behandeln lassen.

Wenn man den Sitzungen der "Ständigen" beiwohnt, ist man manchmal erschüttert über unsere Wirtschaftsverbände. So erklärte Direktor Aebi bei Behandlung der 2. UNCTAD, die schweizerische Delegation solle eine möglichst wenig aktive Rolle spielen und sich im Hintergrund, "im letzten Drittel" halten. Sie dürfe keine Empfehlungen, deren Konsequenzen nicht genau abgeklärt seien, gutheissen (das würde bedeuten, dass sie praktisch bei allen Abstimmungen sich der Stimme enthalten müsste). Unbeschwert von staatsrechtlichen Kenntnissen erklärte er, der Beitritt zum DAC müsse dem Parlament unterbreitet werden, weil er die Zustimmung zu den Empfehlungen des DAC mit sich bringe (als ob der Bundesrat vor der Zustimmung zu jeder wichtigeren Empfehlung der OECD an das Parlament gelangen müsste). Und Nationalrat Fischer rief aus, Bundesrat und Parlament (das IDA-Darlehen war einstimmig angenommen worden) missachte den Willen des Volkes ("wenn der Bundesrat eine Entwicklungshilfedorlage vor das Volk brächte, würde er seine Wunder erleben").

Gewiss, es wird nicht alles so heiss gegessen, wie es gekocht ist, und warum soll nicht einer einmal seinen Kropf lehren können. Die Handelsabteilung ist offenbar der Meinung, dass alles was von ihr ausgeht, der "Ständigen" zu unterbreiten ist. Sie vergisst dabei meines Erachtens, dass sie gerade auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe ihr eigentliches Sachgebiet, die Handelspolitik, verlassen hat und in mehr oder weniger reiner Aussenpolitik macht.

Beilage erwähnt.

Kopie an:

- Herrn Botschafter Micheli, als Beilage zu unserer Notiz vom 19.1.
- Herrn Minister Thalmann
- Herrn Nussbaumer, als Beilage zur Kopie unserer Notiz an Herrn Botschafter Micheli vom 19.1.
- Herrn Blankart, als Beilage zur Kopie unserer Notiz an Herrn Botschafter Micheli vom 19.1.